D-06

Dringlichkeitsantrag: Klares Bekenntnis zu unseren Klimazielen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis)
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November hat ein Loch von 60 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds gerissen. Genau in den Fonds also, in den alle klimapolitischen Ambitionen der Bundesregierung abgeschoben wurden.

Wir als Partei Bündnis 90 / Die Grünen müssen nun unbedingt verhindern, dass durch diese Gerichtsentscheidung die klimapolitischen Ambitionen dieser Regierung zunichte gemacht werden! Keinen Cent weniger für den Klimaschutz! Mit dieser Botschaft müssen unsere Mandatsträger*innen in die Verhandlungen gehen.

Das Umweltbundesamt hat berechnet, dass die Bundesregierung mindestens diese 60 Milliarden
Euro für klimaschädliche Subventionen ausgibt: Dienstwagenprivileg für Verbrenner, Dieselpreissubvention etc. Jetzt ist es endlich an der Zeit, diese Subventionen zu streichen. Unser Koalitionspartner hat mehrfach klargestellt, dass Steuererhöhungen in dieser Koalition nicht möglich sind, also ist das Streichen von kontraproduktiven, falschen Ausgaben wie diesen der Weg, den wir gehen müssen.

Klimaschutz ist eine Pflichtaufgabe unseres Staates, zum Schutz kommender Generationen, auch
das hat das Bundesverfassungsgericht schon festgestellt. Schon jetzt drohen wir das völkerrechtlich zugesagte 1,5 Grad oder gar das 2 Grad Ziel zu verfehlen. Wir müssen alles daran setzen, die beschlossene Klimapolitik dieser Bundesregierung zu verteidigen!

Begründung der Dringlichkeit

Die Frist für die Einreichung eigenständiger Anträge endete am 02. November. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Nachtragshaushaltsgesetz erfolgte erst am 15. November.

Begründung

Bitte stimmt diesem Antrag zu. Wir als Partei werden dafür gewählt Klimaschutz endlich umzusetzen. Mit diesem Antrag fordern wir keine zusätzlichen Bemühungen der Bundesregierung, lediglich das bereits beschlossenes umgesetzt wird.

weitere Antragsteller*innen

Patrick Bäzner (KV Pforzheim und Enzkreis); Erik Marsi (KV Pforzheim und Enzkreis); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Sybilla Hemsing-Lutzeier (KV Pforzheim und Enzkreis); Doris Meißner-Grimm (KV Pforzheim und Enzkreis); Thomas Schuler (KV Pforzheim und Enzkreis); Julia Reinhard (KV Pforzheim und Enzkreis); Vanessa Roderer (KV Pforzheim und Enzkreis); Violetta Bitto (KV Ortenau); Alicia Böhm (KV Stuttgart); Sabine Reichert (KV Pforzheim und Enzkreis); Carolina Lebesmühlbacher (KV Stuttgart); Jonathan Noel (KV Heidelberg); Lukas Prinz (KV Bremen Links der Weser (LdW); Miriam Schönle (KV Erlangen-Stadt); Mitja Tribukait (KV Heidelberg); Sylvia Holste-Hagen (KV Diepholz); Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Theo Seemann (KV Pforzheim und Enzkreis); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.